



Aufruf zur Wahl von Hauke Jagau zum Regionspräsidenten

SPD und Bündnis 90/Die Grünen wollen die erfolgreiche Zusammenarbeit in der Region Hannover auch in der Wahlperiode 2006 - 2011 fortsetzen. Dazu erklären die beiden Parteien:

Die Wählerinnen und Wähler haben bei der Wahl am 10. September die SPD mit 33 Mandaten und Bündnis 90/Die Grünen mit 9 Mandaten ausgestattet. Mit insgesamt 42 Mandaten haben beide Parteien damit eine „Gestaltungsmehrheit“ erreicht.

SPD und Bündnis 90/Die Grünen unterstützen Hauke Jagau in der Stichwahl um das Amt des Regionspräsidenten und werben gemeinsam für eine hohe Wahlbeteiligung am

24. September.

Hauke Jagau ist dann mit einer handlungsfähigen Mehrheit (43 Mandate) in der Regionsversammlung ausgestattet, der Garant für die erfolgreiche Fortsetzung der gemeinsamen Arbeit.

SPD und Grüne verabreden verbindliche Koalitionsverhandlungen für die Zeit unmittelbar nach der Stichwahl am 24. September 2006.

Als Grundlage für eine Aussage zur Fortsetzung der erfolgreichen Zusammenarbeit mit Bündnis 90/Die Grünen für die Wahlperiode 2006 - 2011 wird die folgende Vereinbarung getroffen. Sie orientiert sich nach den aus Sicht der Grünen notwendigen gemeinsamen Schwerpunkten. Die aus Sicht der SPD darüber hinausgehenden weiteren Arbeits- und Themenfelder fließen in die Koalitionsverhandlungen ein. Grundlage dafür sind die jeweiligen Regionswahlprogramme von SPD und Grünen zur Wahl 2006.

Kinder in den Mittelpunkt: Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern

- Die Region muss bei der Schaffung neuer Betreuungsmöglichkeiten und der Ganztagsbetreuung von der Krippe bis zum Hort ihre Anstrengungen verstärken:
- Dazu werden wir die Möglichkeiten betrieblicher oder betriebsnaher Betreuung ausbauen.
- Wir streben die Einrichtung von 1.500 neuen Tagespflegeplätzen an. Darüber hinaus wollen wir die wechselseitige Kinderbetreuung über Gemeindegrenzen hinweg ermöglichen.
- Bis zum Jahr 2010 soll jeder und jede den Betreuungsplatz erhalten, den sie benötigen.
- Arbeitslose mit Kindern müssen bei der Aufnahme einer Arbeit oder einer Qualifizierungsmaßnahme einen Betreuungsplatz bekommen.

Ausbildung fördern, Arbeitslosigkeit bekämpfen, Armut vorbeugen

- Wir wollen mit Lohnkostenzuschüssen die Vermittlung von Arbeitslosen in den 1. Arbeitsmarkt fördern.
- Wir wollen Ausbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für Arbeitslose statt Sozialgeld. Statt Warteschleifen in einjährigen Berufsfachschulen wollen wir, dass die Berufsschulen auch eigenständig ausbilden.
- Durch Sonderprogramme soll Alleinerziehenden der Wiedereinstieg in den Beruf ermöglicht werden.
- Wir streben an, jedem Antragssteller von Arbeitslosengeld II innerhalb einer Woche ein qualifiziertes Beratungsgespräch zu ermöglichen.

- Innerhalb dieser Wahlperiode soll es für Einkommensschwache, insbesondere Familien mit Kindern, ein kostengünstiges Sozialticket für den öffentlichen Nahverkehr geben.
- Wir wollen die Etablierung eines zweiten Arbeitsmarktes mit langfristigen Beschäftigungsmöglichkeiten auf freiwilliger Basis.
- Die ARGE muss eine eigenständige Rechtsform erhalten.
- Die Zusammenarbeit zwischen den Allgemeinbildenden Schulen und den berufsbildenden Schulen, muss erheblich verbessert werden.

Klimaschutz schafft Arbeitsplätze, spart Kosten, schützt die Umwelt

- Klimaschutz ist Zukunftsaufgabe. Um den Klimawandel wirksam zu bekämpfen, muss der Ausstoß von Treibhausgasen drastisch vermindert werden. Dazu wollen wir die führende Position der Region beim Klimaschutz ausbauen.
- Klimaschutz ist das Zukunftsprogramm für die mittelständische Wirtschaft. Klimaschutz nützt nicht nur der Umwelt, sondern schafft Arbeitsplätze und senkt die Energiekosten für VerbraucherInnen und Betriebe. Wir streben daher die deutliche Erhöhung der regionalen Fördermittel für den Klimaschutz an, z.B. für die energetische Sanierung bestehender Gebäude.
- Bei der Beantragung von Mitteln im Rahmen von EU-Förderprogramm (z.B. EFRE-Mittel) sollen verstärkt Projekte im Bereich Klimaschutz und energetischer Sanierung und Optimierung realisiert werden.

Eine regionale Gesundheitsversorgung für alle

- Wir wollen die Fortsetzung des wirtschaftlichen Konsolidierungskurses der Regionskliniken, um auch langfristig die öffentliche Trägerschaft zu erhalten.
- Wir streben den Erhalt der Krankenhausstandorte im Umland an um eine wohnortnahe Gesundheitsversorgung in Gesundheitszentren sicherzustellen, in denen stationäre und ambulante Angebote miteinander verzahnt werden.
- Am Standort Siloah soll ein neues modernes Krankenhaus entstehen.